

# Berliner Tageblatt

Nr. 126

Chefredakteur Theodor Wolff in Berlin.

## und Handels-Zeitung

Mittwoch, 14. März 1928

Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

### Vor der Abrüstungstagung.

#### Die Tagesordnung.

Die Vereinigten Staaten als „Beobachter“.  
(Telegramm unseres Korrespondenten.)

#### # Genf, 14. März.

Die vorbereitende Abrüstungskommission tritt morgen unter dem Vorsitz des niederländischen Delegierten Roudon zu ihrer fünften Sitzung zusammen. Auf der letzten bekanntgegebenen Tagesordnung stehen folgende Punkte: 1. Stand der Arbeiten des Sicherheitskomitees. 2. Prüfung der von der sowjetrussischen Delegation gemachten Vorschläge. 3. Stand der Arbeiten der vorbereitenden Abrüstungskommission. In der Kommission sind im ganzen 24 Regierungen vertreten, darunter die Vereinigten Staaten, die Türkei und Sowjetrußland. Die Delegation der Vereinigten Staaten, an deren Spitze der amerikanische Gesandte Gibson steht, ist wie ich erfahren, nicht mit bestimmten Instruktionen ihrer Regierung hierhergekommen. Sie wird die Entwicklung der Verhandlungen aufmerksam verfolgen und, wenn es ihr erforderlich erscheint, die Gesichtspunkte der Washingtoner Regierung hinsichtlich der Sicherheit und des Schiedsgerichts wie auch der Abrüstung darlegen.

#### Strefemanns Bericht über Genf.

##### Morgen Sitzung des Reichskabinetts.

Der Reichsaußenminister Dr. Strefemann hat heute vormittag dem Reichspräsidenten über das Ergebnis der Genfer Abrüstungstagung Bericht erstattet. Das Reichskabinetts, das morgen, wie angekündigt, in einer Sitzung zusammentritt, wird sich in dieser auch mit dem Genfer Ergebnissen befassen. Der Vorsitz wird Reichsfinanzminister Dr. Brüning übernehmen. Der Reichspräsident wird seinen beabsichtigten Erholungsurlaub voraussichtlich erst gegen Ende des Monats antreten können. Im Befinden des am Kopfgehirne erkrankten Reichsinnenministers v. Heubell ist im Laufe der ver-

gangenen Nacht eine weitere Besserung eingetreten. Der Patient wird aber bis Ende der Woche das Bett hüten müssen.

#### Die kleine Entente in Genf.

##### Pariser Betrachtungen.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

#### 2. Paris, 14. März.

Jacques Seydoux schreibt im „Revue Parisien“ über die letzte Tagung des Völkerverbandsrats: „Es ist unmöglich, den ungünstigen Eindruck zu leugnen, den die letzten Sitzungen in Genf gemacht haben. Die öffentliche Meinung hat weder die Entscheidungen verstanden, noch die Gründe, die zu diesen Entscheidungen geführt haben. Keine Frage hat eine Lösung erhalten. Alles ist bis zur nächsten Sitzung verschoben. Dieser Aufsicht ist besonders ärgerlich weil man in Frankreich und Deutschland nicht vor den Wahlen in Frankreich und Deutschland nicht vor dem Wahlen in Frankreich zum Völkerverband, die durch die letzte Tagung erschüttert wird.“ Seydoux gibt an diesem Mißerfolg hauptsächlich den Mächten der Kleinen Entente die Schuld. Diese Mächte hätten die Ätten, die sie über die Waffenstillstände besitzen, nicht vorgelegt, weil sie Italien zu schonen wünschten. Ganz anderer Meinung ist das „Echo de Paris“, das die bekannten Sowjetkräfte gegen Briand und die ganze Völkerverbandspolitik wiederholt, aber die Mächte der Kleinen Entente in Schutz nimmt. Briand und Chamberlain hätten damit gerechnet, daß Belgien und Prag sich von Bulfret trennen und daß die rumänische Bauernpartei sich gegen die Forderungen der Vertreter Sidlowiens und der Tschechoslowakei in Genf beizugehen, daß die kleine Entente die Politik Briands nicht billige. Die Rede des Abgeordneten Manu in Bulfret zeige, daß noch Rumänien für Lüttich sei. Auch der finanzielle Druck, den man gegen Rumänien verüben wolle, werde nicht helfen. Da die rumänische Regierung jetzt auf Briand seine Rückstufung mehr zu nehmen habe, werde sie in London direkt über eine Stabilisierungsanleihe verhandeln. Im Juni werde der Völkerverband einen neuen Versuch für seine Unfähigkeit den Ätten hinzuzufügen können.

### Im „toten Winkel“ von Aachen.

Aberlebendes Grenzland. — Kohlentransport und Staßfurter. Plan eines Aachen-Rhein-Kanals. — Konkurrenzsurst an der Ruhr. — Die Gefahr wirtschaftlichen „Verlaredens.“ — Hilfe tut not!

(Von unserem Spezialkorrespondenten)

#### Kl. Aachen, im März.

„In Aachen in seiner Kaiserstadt“ — hier also war es, in dieser laubigen, ruhigen, in Grün gebetteten Mittelstadt, wo Karl der Große und Ludwig der Fromme und Rudolf von Habsburg vor hielten, wo „die Speien trug der Pfalzgraf des Rheins“, der Bühne des perlenreichen Weinschens und sich also jene rührende Geschichte zugetragen hat, die Schiller uns in Tertia zu erzählen pflegt? Man sucht nach den alten Zeiten und findet einen schönen Dom und die Taffache, daß Karl der Große einfach verstorben und nicht seine Grabstätte ist völlig in Vergessenheit geraten. Auch außerhalb des Doms gemahnt nichts an den größten Bürger der Stadt, er hat sein Denkmal, das seiner Würdig wäre. Nur auf dem Marktplatz steht als Brunnenfigur ein ganz kleiner Charlemagne mit rötlichen O-Beinen.

Aber die heißen Quellen gibt es noch, von ebenso schlechtem Geruch wie heilkräftiger Wirkung. Leider sind sie zergraben: um der Befragung willen kommen viele nicht nach Aachen, denen seine Quellen wohltun würden, wie seine anderen. Demen darf man ehlich und aufrichtig sagen, daß die belgische Befragung unsichtbar ist und für die Kurze die auch in Aachen nicht ist, was die Aachen aus allen Teilen des Reichs zu ihm kommen, aus wirtschaftlichen wie aus kulturellen Gründen.

Dem Aachen und dem ganzen Gebiet zwischen Holland, Belgien und dem Rhein geht es schlecht. Dieses westliche Grenzland ist zum „toten Winkel“ geworden, zu einem absterbenden Land, während jenseits der Pfähle alles in gewaltigen Aufstiege begriffen ist. Vom höchsten Punkt Aachens sieht man weit nach Holland hinein. Unmittelbar hinter der Grenze erhebt man eine leise Landhöhe; ein Stückchen der neuen Kolonialstädte des Limburger Verbands, das unmittelbar an dem deutsche Wurm-Kohlengebiet liegt. Dort baut Holland jetzt an dem leistungsfähigsten Schacht Europas. Nicht bei Aachen aber steht man die Schote eines großen Werkes auftragen. Sie rauchen nicht mehr, die Schote des bekannten Hüttenwerkes „Rote Erde“. Und mit diesem größten Industrierest der Gegend sind eine große Anzahl kleinerer stillgelegt worden. Im März 1926 gab es bereits 112000 Einwohner in der Industrie, die Arbeiterzahl wird ihr wohl oder übel folgen müssen, wenn die Verschärfung nicht nicht entscheidend ändern. Drüben in Holland aber wachsen die Arbeiterzahlen des neu erschlossenen Kohlenreviers bis hart an die deutsche Grenze.

Die Aachener glauben ganz genau zu wissen, wo sie der Schuh drückt. Auf eine einfache Formel gebracht besteht ihr Unglück darin, daß die Kohle des Aachener Gebietes (die Wurm- und Inde-Kohle) an Transport nach Mannheim pro Tonne 7,70 Mark kostet, während Ruhrkohle nur eine Tonnenfracht von etwa 6,50 Mark zahlt und der Zeitpunkt abzuheben ist, zu dem, daß der vorzüglichen Wasserfrachten Hollands, die Vimburger und selbst die belgische Campine-Kohle in Süddeutschland ebenfalls konkurrenzfähig ist. Die Wurmfracht aber ist der Schlüssel zum Wirtschaftslieben des ganzen Gebietes. Die Handelskammer in Stolberg glaubt errechnen zu können, daß auch ohne den anlagen bei entsprechender Abgabemöglichkeit der Ertrag der Zechenanlagen im Aachener Bezirk verdoppelt werden könnte und weitere 25 000 Arbeiter Beschäftigung finden würden. Abgabemöglichkeiten können aber nur bei erheblicher Herabsetzung der Frachtkosten gewonnen werden.

Der hohe Frachtpreis kommt dadurch zustande, daß die Wurmfracht vom Wasserweg billig abgeholt werden ist und auf der Eisenbahn an dem Rhein geschafft werden muß. Das war natürlich schon vor dem Kriege so; aber die Frachtpreise der Reichsbahn haben sich gegenüber denen der Vorkriegszeit in einer Weise geändert, die für manche Bezirke geradezu verhängnisvoll geworden ist. Das System der sogenannten „Staßfurter“ hat die Frachtkosten für lange Strecken erheblich ermäßigt und den Ausfall durch entsprechende Erhöhung der Aachener Staßfurter ausgeglichen. Die Strecken Aachen — Köln und Aachen — Neuß, die für den Wurmkohlenverland in Frage kommen, liegen aber innerhalb des Gültigkeitsbereiches der besonders teuren Tarife für Aach- und Mittelentfernung. Alles Verhandeln mit der Reichsbahn hat nichts geholfen; das äußerste, was sie sich verheißt, war die Gewährung eines Ausnahmetermins nach Mannheim, wenn das Reich für den Ausfall haften wolle. Es sei bemerkt, daß in ganz Nordwestdeutschland das Geschäftsgebahren der Reichsbahn mit steigender Erbitterung beobachtet wird. Man ist hier der Überzeugung, daß die Bahn sich nur noch als Geschäftsunternehmer sieht, das seine Monopolstellung fruchtlos auszunutzen, um ohne Rücksichtnahme auf den allgemeinen wirtschaftlichen Notwendigkeiten allen Verkehr an sich zu reißen. Und es werden genügend Beispiele angeführt, die diese Aufgabe als nicht unbedeutend erscheinen lassen.

In Aachen jedenfalls hat man es aufgegeben, von der Reichsbahn auch nur die mindeste Hilfe zu erwarten und hat die Forderung erhoben nach einem Kanal zum Rhein, der nach einem bereits ausgearbeiteten Plan bei Neuß mündet.

### Die Geheimfonds des Auswärtigen Amts.

#### Beratung des Nachtragsetats im Reichstagsauschuß.

Der Ausschauksauschuß des Reichstags hat heute nachmittag die Rede aus dem Haushalt des Reichsaussenministeriums. Die Vorschläge des Reichstags für mehrere Titel werden abgelehnt, diese Titel unverändert bewilligt. Es folgt die Beratung des Nachtragsetats für 1927. Dem Nachtragsetat für das Auswärtige Amt erwidert auf eine Anfrage des Abg. Dr. Quast (Deutschnat. Vp.), ob auch Lieberfreierungen von Geheimfonds vorhanden oder zulässig seien. Ministerialdirektor Dr. Rothfloh: Lieberfreierungen von Geheimfonds sind estrictlich nicht zulässig, aber wie die Verschärfung liegen, so sind die Tatsachen öfter härter als die Voranschreibungen. Es kommt vor, daß Bedürfnisse in der Politik eintreten, wo eine Erweiterung von weiteren Mitteln dem Staat schaden könnte. In solchen Fällen wird dem Amt ein Vorschlag auf das Kommando des Staatsrats gegeben, um den der gemeinsame Ausschauks des Auswärtigen Amts gefügt wird. Man befindet sich dabei im juristischen Zustande des Nichtwissens. Die handeln nur ausnahmsweise so, daß wir einen wichtigen staatlichen Geschäftspunkt durchsetzen lassen, wenn zwingende Gründe, die nach Ansicht der Reichsregierung nicht unbedeutend bleiben können, es verlangen. Der Rechnungshof erhält sämtliche Unterlagen, die er zur Prüfung der Rechnung braucht.

Abg. Müller-Francken (Soz.) fragt, ob im Auswärtigen Amt auch diese Frage einmal gründlich werden geteilt werden.

Abg. Dr. Dietrich-Waden (Zem.) fragt, um interessiere an dieser Frage nur die Glättierung dieser Mittel. Er bitte, die 2,5 Millionen Mark zu bewilligen, damit die Vorkriegszeit endlich einmal befristet werde. Das könne nur durch nachträgliche Glättigung geschehen.

Abg. Wroßner Dr. Dr. Schreiber (Zent.) fordert, daß auch das Auswärtige Amt lernen, sich in dem estricten Rahmen zu halten. Es müsse ein besseres Zusammenarbeiten der Reichsämter auch in der Unterbringung von Einrichtungen für die Auslandsdeutschen stattfinden. Den Ziel werde keine Partei bewilligen.

Abg. Dr. Quast (Deutschnat. Vp.) fordert, daß der Reichs-Parlamentarier von Reichstags wegen erwidert wird, die Geheimfonds durchzuprüfen und estricto die Regierung um Auskunft zu erlangen, welche Lieberfreierungen im Auswärtigen Amt und seinen Abteilungen vorgenommen seien.

Gesetzrat Heilingbrunner meint, untragbar sei der Antrag Dr. Quast, den Sparminister mit der gewünschten Prüfung von Reichstags wegen zu beauftragen, weil es dem Zweck der Geheimfonds widerspreche und die Prüfung der Geheimfonds auch dem Rechnungshof nicht unterliege.

Abg. Reich (Zent. Volksp.) fordert Klärung in einem Untersuchungsausschuß.

Ministerialdirektor Dr. Rothfloh legt die gesetzlichen Grundlagen für den Reichssetat dar. Diese Vorbehalte seien nicht contraregim, sondern praeter legem.

Abg. Dr. Dr. Schreiber (Zent.) erklärt sich gegen den Antrag Quast. Der Geheimnisausschuß habe seine besondere estricte Stellung. Abg. Müller-Francken (Soz.) gibt dem Vordränger im allgemeinen recht; wobei aber Lieberfreierungen des Staatsverordnungen sind, habe man ein Recht auf Aufklärung.

Abg. Dr. Quast (Soz.) erklärt, er werde seinen Antrag estricto ändern und sich lediglich auf die Prüfung der Lieberfreierungen des Staats beschränken. Man könne ja auch an die Stelle des Sparministers den Rechnungshof setzen.

Ministerialdirektor Dr. Schneider teilt mit, daß der Reichsaussenminister estricto gegenüber zum Vortrag beim Reichspräsidenten erscheinen wolle. Beim Geheimfonds sind Lieberfreierungen im technischen Sinne nicht möglich, da es sich um einen Dispositionsfonds handelt. Anders sei es bei den offenen Fonds, bei denen sonst Lieberfreierungen vorkommen, die dann auch nachgeprüft werden könnten.

### England und Afghanistan.

#### Die Trinkgespräche im Rudolph-Haus.

(Melbung der Funktionäre Rudolf-Wolff-Haus.)

#### London, 14. März.

Bei dem Galamahl, das gestern zu Ehren König Amanullahs von Afghanistan im Rudolph-Haus stattfand, sagte der König von England in einem Trinkgespräch u. a. folgendes: „Ich habe mit Interesse und Sympathie den Fortschritt beobachtet, den Afghanistan unter der Herrschaft Kurur Majestät gemacht hat. Ich hoffe, daß es Kurur Majestät vergnügen möge, dieses Werk zum Ruhm Ihres Volkes fortzusetzen und daß unsere Väter für künftig Seite an Seite marschieren mögen in der friedlichen Entwicklung ihrer gemeinsamen Interessen.“ In seiner Antwort sagte König Amanullah: „Die freundschaftlichen Gefühle, die ich wohlwollen, die ich heute von Kurur Majestät erfahren habe, geben mir die feste Zuversicht, daß diese herzlichen persönlichen Beziehungen ein großer Faktor sein werden in der Herstellung wirklicher guter Beziehungen zwischen der Regierung Kurur Majestät und der meinigen, und daß als Ergebnis die beiden Länder, wie es Kurur Majestät so treffend ausgesprochen haben, künftig Seite an Seite marschieren werden im Interesse des Fortschritts und der Entwicklung ihrer gemeinsamen Ziele.“

### Englische Truppenlandung in Koweit.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

#### O London, 14. März.

Das englische Kriegsschiff „Lupin“ ist in Koweit eingetroffen. In Koweit sind Marineinfanterien und die „Morning Post“ von dort meldet, gelandet worden und haben die Landung der nach der Wüste zu gelegenen Oäuser der Aushent und die Mauern mit Maschinengewehren besetzt. Auch Funktionen sind eingerichtet. Alle männlichen Einwohner über zwölf Jahre sind zur Verteidigung der Stadt aufgerufen worden. Man glaubt, daß die Wahabiten einen Versuch machen werden, das wichtige und reiche Gebiet zu besetzen. Die wirkliche Gefahr ist, wie der Berichterstatter der „Morning Post“ meint, nicht so sehr, daß im Land die Aushent-Araber in ihren Lieberfällen miterhält, als daß die Araber niemals völlig befreit werden, und die seit langer Zeit der Reichsarmee des Protektorates unzufrieden sind, sich hinter den englischen Trümpfen in Aushent befinden.